

Beschluss C. Freiheit schützen – Vielfalt leben: 7. Wir halten Kommunen handlungsfähig

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02. - 04. Februar 2024
Beschlussdatum: 04.02.2024
Tagesordnungspunkt: 8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

1 **Wir halten Kommunen handlungsfähig**

2 Unsere Städte, Gemeinden und Landkreise in Thüringen sind das Herzstück in der
3 Frage: Wie kann gutes Leben in Thüringen aussehen? Hier entscheiden sich viele
4 wichtige Dinge des täglichen Lebens. Gibt es genügend bezahlbaren Wohnraum,
5 Kindergärten und Schulen? Existiert eine funktionierende, digitalisierte
6 Verwaltung, die Bürger*innen ernst nimmt? Gibt es genügend Sporthallen,
7 Schwimmbäder, Parks und lebendige Innenstädte? Fahren genug Busse?

8 Kommunen übernehmen viele wichtige Aufgaben, die das Leben der Menschen direkt
9 betreffen. Gerade die aktuellen Herausforderungen eines klimagerechten
10 Strukturwandels, einer Mobilitäts-, aber auch Bauwende betreffen die Kommunen
11 besonders. Darum ist es uns ein Herzensanliegen, Kommunen in ihrer
12 Handlungsfähigkeit zu stärken. In der besseren Finanzierung der Kommunen haben
13 wir bereits einiges erreicht und setzen uns auch auf Bundesebene für eine
14 auskömmliche Finanzierung ein. Aber es geht eben nicht nur um das Geld: es geht
15 auch um funktionierende Strukturen und um eine starke Demokratie auch auf
16 kommunaler Ebene.

17 Kernziele:

- 18 • Stärkung der kommunalen Investitionen in Klimaschutz, Bildung und
19 Digitalisierung sowie alle Belange der Daseinsvorsorge
- 20 • Thüringer Kommunalordnung weiter überarbeiten, Transparenz und Kompetenzen
21 für Räte stärken
- 22 • Kommunale Demokratie stärken und Kommunalpolitik attraktiver machen

23 **Kommunen absichern, Handlungsspielräume ermöglichen**

24 In der auskömmlichen Finanzierung der Kommunen haben wir unter BÜNDNISGRÜNER
25 Regierungsbeteiligung bereits wichtige Fortschritte gemacht – noch nie floss so
26 viel Landesgeld wie heute in die Haushalte der Kommunen. Das Ergebnis: Die
27 Verschuldungen der Städte und Gemeinde sinken und auch für Investitionen gibt es
28 etliche Zuschüsse. Gerade der neu eingeführte Sozillastenausgleich entlastet
29 die Kommunen deutlich. Trotzdem sind die Investitionsbedarfe weiterhin hoch –
30 gerade vor dem Hintergrund der Klimakrise und der Digitalisierung, aber auch dem
31 Ausbau von öffentlichem Nahverkehr, guten Bildungs-, Betreuungs-, und
32 Kulturangeboten, gibt es viel zu tun. Insbesondere Investitionen in erneuerbare
33 Energien rentieren sich für die Kommunen sehr schnell. Daher muss es ihnen
34 möglich sein, diese Investitionen ohne große Hürden zu tätigen.

35 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 36 • Modernen sozial-ökologischer kommunalen Finanzausgleich, der besonders die
37 Bereiche Klima, Digitalisierung, Bildung, Teilhabe und Erreichbarkeit
38 berücksichtigt
- 39 • Stärkung des “Konnexitätsprinzips”, nach dem alle Aufgabenübertragungen an
40 Kommunen angemessen finanziert werden müssen (siehe Kapitel Haushalt &
41 Finanzen)
- 42 • Dialog mit Kommunen zum weiteren Schuldenabbaupfad und
43 Haushaltskonsolidierung für stark verschuldete Kommunen
- 44 • Weiterführung und Ausbau von gezielter Unterstützung der Kommunen bei
45 Belangen der Daseinsvorsorge, von Klimaschutz- und Klimaanpassung,
46 chancengerechter Bildung, attraktiven Kulturangeboten, Einrichtungen für
47 ein vielfältiges und generationenübergreifendes Miteinander,
48 Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung sowie Schaffung moderner und
49 barrierefreier öffentlicher Infrastruktur
- 50 • Unterstützung bei Aufgaben der Gemeinschaftsverpflegung
- 51 • Beteiligung von Kommunen an Energiegenossenschaften und anderen
52 rentierlichen Investition im Energiebereich ermöglichen
- 53 • Finanzielle Beteiligung der Kommunen an den Erlösen von Windenergieanlagen
54 über ein Energiebeteiligungsgesetz garantieren
- 55 • Einrichtung von Fonds in Thüringer Kommunalordnung ermöglichen,
56 beispielsweise für Bodenbevorratung (siehe Kapitel Wohnen)
- 57 • Einsatz auf Bundesebene für mehr kommunale Finanzautonomie, z. B. mehr
58 Steueranteile für Kommunen
- 59 • Finanzielle und strukturelle Förderung von kommunaler Bürgerbeteiligung,
60 Ehrenamt, Nachbarschaftsprojekten, sowie einem lebendigen Vereinsleben in
61 Kultur, Sport und weiteren gesellschaftlichen Bereichen
- 62 • Vereinfachung der Regelungen im Zusammenhang mit
63 Stellenbesetzungsverfahren und Fachkräftegewinnung, insbesondere der
64 Fachkräftezulage oder Einstufung entsprechenden Erfahrungsstufen im TVöD

65 **Demokratie in Kommunen stärken**

66 Viele tausende Menschen sind auf kommunaler Ebene ehrenamtlich politisch aktiv.
67 Sie gestalten damit in ihrer Freizeit das Leben in ihren Städten, Dörfern und
68 Landkreisen mit. Daher wollen wir die Kommunalpolitik darin stärken, attraktiver
69 für Ehrenamtliche zu werden und mehr Menschen einzubinden.

70 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 71 • Transparentere und bürger*innenfreundlichere Gestaltung der Thüringer
72 Kommunalordnung unter anderem mit mehr Frage- und Befassungsrechten für
73 Räte
- 74 • Weiteren Ausbau der verpflichtenden Beteiligung von Kindern und
75 Jugendlichen in Kommunalordnung
- 76 • Einführung und Unterstützung von Kinder- und Jugend- oder Schüler*innen-
77 Parlamenten
- 78 • Absenkung des kommunalen Wahlrechts, sodass Jugendliche bereits ab 14
79 Jahren wählen dürfen
- 80 • Auch Nicht-EU-Bürger*innen das aktive und passive kommunale Wahlrecht
81 ermöglichen
- 82 • Einführung der automatischen Zusendung von Briefwahlunterlagen und
83 offiziellen Informationen über die Bewerber*innen bei Kommunalwahlen
- 84 • Den Zwang zur Amtseintragung für die Sammlung von
85 Unterstützer*innenunterschriften für die Einreichung von Wahlvorschlägen
86 abschaffen
- 87 • Öffentlichkeit von Ausschüssen verpflichtend einführen und Rechte der
88 kommunalen Parlamente stärken bei der Kontrolle kommunaler Unternehmen und
89 Beteiligungen, aber auch der Kommunalverwaltung
- 90 • Stärkung der Rolle des "Sachkundigen Bürgers" in Kommunalausschüssen
- 91 • Thüringer Kommunalordnung weiterentwickeln und kommunalen Räten mehr
92 Kontrolle und Fragerechte bei Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises
93 ermöglichen
- 94 • Möglichkeit von Scheinkandidaturen unterbinden
- 95 • Bürger*innen stärker als bisher an Gestaltung ihrer Städte und Gemeinden
96 und der dafür erforderlichen Ausgabenplanung beteiligen
- 97 • Integrationsbeiräte mit festen Kompetenzen in Kommunalordnung verankern
- 98 • Unterstützung der Einrichtung weiterer kommunaler Integrationsbeiräte und
99 ihrer Einbindung in politische Entscheidungsprozesse
- 100 • Attraktivität der Arbeit der Gemeinderäte und Kreistage erhöhen und
101 Bedingungen für das Ehrenamt stärken, unter anderem durch die Ermöglichung
102 von hybriden Sitzungen, geregelte Erstattung von Kinderbetreuungskosten,
103 familienfreundlichere Sitzungszeiten, gezielte Unterstützung der
104 Kandidatur von Frauen und anderen marginalisierten Gruppen für

105 Kommunalmandate, eine festgelegte Mindestfinanzierung für Fraktionen
106 (siehe Kapitel Demokratie)

107 • Förderprogramm für Kommunen zur Einführung und Stärkung
108 familienfreundlicher Gremienarbeit

109 • Freistellungsregelungen und Verdienstausfall für Ehrenamt auch für
110 Angestellte adäquat regeln

111 • Unterstützung kommunaler Antidiskriminierungsarbeit und Stärkung der
112 Diversität von Kommunalverwaltungen (siehe Kapitel Antidiskriminierung)

113 Leistungsfähigkeit der Kommunen sichern

114 Kommunen sind direkt mit der Bewältigung vieler politischer Herausforderungen
115 konfrontiert. Von der Bereitstellung einer sozial gerechteren Daseinsvorsorge
116 über attraktive Mobilitätsangebote bis hin zu der entscheidenden Frage, wie wir
117 die Klimakrise vor Ort meistern - Vieles entscheidet sich auch an der
118 Leistungsfähigkeit der Kommunen. Daher wollen wir effiziente, leistungsfähige
119 und modern ausgestattete Kommunen.

120 Das erfordert auch eine moderne digitale und leistungsstarke Verwaltung. Für die
121 Bürger*innennähe ist es wichtig, dass Behörden einfach und unkompliziert vor Ort
122 ansprechbar sind – beispielsweise über die flächendeckende Einrichtung von
123 Bürgerservicebüros und -terminals. Auch die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen
124 und Gemeindezusammenschlüsse bleiben weiter wichtig, denn gemeinsam lösen sich
125 Probleme am besten.

126 Deshalb setzen wir uns ein für:

127 • Gestärkte kommunale Selbstverwaltung

128 • Unterstützung der Kommunen bei Modernisierung der Verwaltung – digital,
129 nah an den Bürger*innen, agil

130 • Fortsetzung der Förderung freiwilliger Gemeindezusammenschlüsse als
131 erfolgreicher Ansatz für Modernisierung der Gebietsstrukturen in Thüringen

132 • Bürger*innen in Gebiets- und Verwaltungsreformen intensiv einbeziehen,
133 beispielsweise über regionale Bürgergutachten

134 • Fokus auf Steigerung der interkommunalen Zusammenarbeit, vor allem auch
135 auf Kreisebene

136 • Flächendeckendes Angebot von Servicebüros und Terminals für Bürger*innen

137 • Zügiger Ausbau des Angebots von Verwaltungsleistungen im Internet